

## Stellungnahme zum Bundeshaushalt 2025

# Humanitäre Hilfe im Bundeshaushalt 2025: Deutschlands globale Verantwortung steht auf dem Spiel

2023 war das Jahr mit der größten Anzahl an bewaffneten Konflikten seit 1946. Fast 60 bewaffnete Konflikte und immer häufigere Extremwetterergebnisse durch die globale Klimakatastrophe haben zur Folge, dass 311 Millionen Menschen weltweit humanitäre Hilfe benötigen. Diese Anzahl an Menschen würde zusammen das Land mit der viertgrößten Bevölkerung bilden.

Hinzu kommt eine sich nur langsam erholende Weltwirtschaftslage nach einer globalen Pandemie, hohe Inflationsraten und steigende Staatsverschuldungen im Globalen Süden, die den Aufbau von lokaler Resilienz gegen Krisen verhindern.

In Zeiten dieser komplexen Herausforderungen sowie einer zunehmenden Polarisierung gegen eine regelbasierte globale Ordnung ist Deutschland als verantwortungsvoller und verlässlicher internationaler Akteur gefragt.

Einst Empfänger von humanitärer Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg, ist Deutschland heute ein starker Unterstützer der prinzipienorientierten Hilfe. Dafür wird Deutschland international als *honest broker* wahrgenommen, der seine Verantwortung in der internationalen Lastenteilung wahrnimmt. Dieses Vertrauen von Regierungen und Gesellschaften im Globalen Süden in Deutschland ist im Ringen mit autokratischen Herausforderern ein wertvolles Gut, das es zu bewahren gilt.

Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2025 bricht mit der Tradition der deutschen humanitären Hilfe, enttäuscht internationale Erwartungen, schwächt deutsche Fähigkeiten, auf Krisen angemessen zu reagieren und führt dazu, Menschen in Not im Stich zu lassen.

Die Diakonie Katastrophenhilfe und Caritas international schlagen deswegen die folgenden Anpassungen zur Stärkung der humanitären Hilfe im Bundeshaushalt 2025 vor:

- **Ein Sicherheitshaushalt, der den Schutz für die Bedürftigsten mitdenkt.** Der aktuelle Haushaltsentwurf steht unter dem Eindruck einer angespannten Sicherheitslage in Europa. Dies darf jedoch nicht auf Kosten von Menschen in humanitären Krisen im globalen Süden stattfinden, die heute Schutz bedürfen. Erhalten Menschen diesen Schutz nicht vor Ort, fliehen sie in erster Linie nicht nach Europa, sondern in Nachbarländer. Dort können diese zusätzlichen Herausforderungen eine destabilisierende Wirkung haben. Ein Sicherheitshaushalt muss die Schutzbedürfnisse von Menschen in humanitären Krisen jenseits Europas mitdenken. Deswegen benötigt es einen Zuwachs der Mittel im Titel „*Humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland (68732-029)*“ im Einzelplan 05 auf mindestens 2.3 Milliarden Euro und im Titel „*Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur (68706 – 023)*“ im Einzelplan 23 auf mindestens 1.2 Milliarden Euro.
- **Engagement für prinzipienorientierte humanitäre Hilfe.** Eine regionale Priorisierung von humanitärer Hilfe, welche außenpolitische und sicherheitspolitische Interessen flankieren soll, schwächt die humanitären Prinzipien. Humanitäre Akteure verlieren ihren Schutz und das Vertrauen der Menschen in Not, wenn Zweifel an ihrer Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit bestehen. Die Würde des Menschen und die humanitären Prinzipien müssen die Richtschnur für humanitäre Hilfe sein – auch bei der Zuweisung von Mitteln.

- **Humanitäre Hilfe effizient und nachhaltig gestalten.** Angesichts sinkender Mittel bei hohen Bedarfen sollten vorhandene humanitäre Mittel nachhaltig und effizient eingesetzt werden. Doch die im Haushaltsentwurf vorgesehene Teilersetzung des regulären Budgets durch krisenabhängige, überplanmäßige Mittel und die Kürzungen von Verpflichtungsermächtigungen verhindern deren effiziente und nachhaltige Nutzung. Lokale humanitäre Hilfe ist nachgewiesen effizienter – zwischen 15% und 30% – gegenüber internationalen Programmen. Doch lokale Partner brauchen ein Mindestmaß an finanzieller Planungssicherheit durch Geber, um ihre institutionelle Reaktionsfähigkeit für unerwartete Krisen aufrechtzuerhalten.

Die Kürzungen im laufenden Jahr haben bereits einen deutlichen Rückgang bei Neu- oder Weiterbewilligungen für Projekte durch das Auswärtige Amt zur Folge gehabt. In Bangladesch enden in der zweiten Jahreshälfte zwei vom Auswärtigen Amt finanzierte Hilfsprojekte für geflüchtete Rohingya, je eines von Caritas international und Diakonie Katastrophenhilfe. Diese Projekte können danach nur noch stark reduziert mit eigenen Spendenmitteln für ein weiteres Jahr umgesetzt werden. Spenden können die entstehenden Lücken jedoch nicht ansatzweise schließen.

Ähnliches gilt für die Arbeit der beiden Organisationen im Osten der Demokratischen Republik Kongo, der von einer der schwersten humanitären Krisen unserer Tage gezeichnet ist. In Folge der Budgetvorgaben durch das Finanzministerium werden durch Mittelkürzungen und die Einstellung von Weiterförderungen durch das Auswärtige Amt in den nächsten Jahren Tausende Menschen, die furchtbarer Gewalt und schwerer Ernährungsunsicherheit ausgesetzt sind, keine überlebenswichtige Hilfe mehr erhalten. Kommt es zu den vorgeschlagenen massiven Kürzungen, wird dies insbesondere Programme in Ländern mit vergessenen Krisen und langanhaltenden Konflikten betreffen.

Stattdessen sollte Deutschland seiner internationalen Verantwortung gerecht werden und einen Bundeshaushalt priorisieren, der die globalen Herausforderungen angemessen berücksichtigt.

